

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erstein möglich mit Rücksicht der Form und Färbung nachträglich 4 Uhr für den folgenden Tag, Bezugspreis bei Geschäftsbeginn monatlich 2 M., nach dem Ende des Monats 2 M., auf dem Lande 2 M., nach dem Ende des Monats 2 M., auf dem Lande 2 M., nach dem Ende des Monats 2 M., auf dem Lande 2 M.



Interessanter 2 M. für die 6 wöchentliche Ausgabe oder deren Raum, Heften, die 2 wöchentliche Ausgabe 2 M. Bei Nichterfüllung und Jahresfrist entsprechende Preisnachlass. Bestellungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 wöchentliche Ausgabe 2 M., nach dem Ende des Monats 2 M., auf dem Lande 2 M.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur J. Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inseratenteil: Arthur J. Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 208

Mittwoch den 6. September 1922.

81. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Montag den 11. September 1922 vormittags 9 Uhr

wird im Rathaus zu Lommahsch öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses abgehalten werden. Die Tagesordnung ist vom 6. September 1922 ab im Aushangkasten der Amtshauptmannschaft angeschlagen.

Meißen, am 4. September 1922.

Der Amtshauptmann.

Kleine Anzeigen

haben im „Wilsdruffer Tageblatt“, das einen weiterzweigigen u. kaufkräftigen Leserkreis besitzt, große Wirkung.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Sir John Bradburd hat für die deutsch-belgischen Verhandlungen in Berlin Pläne ausgearbeitet, die nach seiner Meinung eine für beide Teile annehmbare Lösung sichern.
- * Der Reichspräsident hat bei der Eröffnung der niederdeutschen Woche in Bremen eine Rede gehalten.
- * Die Abstimmung in Oberschlesien über die Autonomiefrage ergab eine große Mehrheit für das Verbleiben der Provinz im preussischen Staate.
- * Außer den Eisenbahntarifen sollen auch die Postgebühren abertmals eine starke Erhöhung erfahren.
- * Der Oberhof- und Domprediger Dr. von Drvander ist in Berlin im 80. Lebensjahre gestorben.
- * Die Griechen treffen Vorarbeiten, nun nach ihrer schweren Niederlage ihre Truppen aus Kleinasien zurückzuziehen.

Die Not der Zeit.

Der Sommer geht zu Ende, und die Frage, wie es im kommenden Winter werden soll mit der Ernährung des Volkes, mit der Erwärmung der Wohnungen, mit der Aufrechterhaltung des öffentlichen Verkehrs in Stadt und Land, erfaßt mehr und mehr alle Köpfe und Herzen mit drückender Sorge. Reichsregierung, Landesregierungen und Kommunen haben beschleunigte Maßnahmen in Angriff genommen, um einem weiteren Anwachsen der gegenwärtigen Notstände zu steuern. Aber so groß der Wille ist, zu helfen und zu mildern, so schwierig ist der Weg zum Ziel. Ein kleines ist es natürlich, halbe Arbeit zu leisten, damit wenigstens der Eindruck entstehe, daß irgendwas getan werde. Auf durchschlagende Erfolge aber wird unter den heutigen Verhältnissen nur noch hoffen können, wer seinen Wunderglauben noch nicht völlig verloren hat.

Die preussische Regierung versucht es zunächst einmal mit einer Verordnung gegen den Wucher. Verboden ist es, auch in seinen neuesten Auswirkungen auf dem Markt der Lebensmittel und der lebensnotwendigen Gegenstände, schon seit Jahr und Tag, und an polizeilichen Vorschriften zu seiner Überwachung und Bekämpfung hat es in den letzten Jahren wahrlich nicht gefehlt; sie haben alle nichts gestruert, die Zustände sind im Gegenteil immer schlimmer geworden. Die neueste Verordnung stellt die fortschreitende Entwertung des Geldes und die täglichen Wertminderungen als Gründe für die Unmöglichkeit jeder Preisfestsetzung wohl in Rechnung; aber sie ist doch der Meinung, daß hier Auswüchse sich eingebürgert haben, die in keiner Weise länger zugelassen werden dürfen. Es fehlt heute vielfach an jeder Gewissenhaftigkeit bei der Preisberechnung; man stellt sich einfach auf den höchsten Dollarkurs ein, obwohl die Kaufkraft der Mark im Jahre keineswegs schon einen der Valuta entsprechenden Tiefstand erreicht hat. Auch die Abzug, Waren in der unansehnlichen Art, sie später um so vorteilhafter zu verkaufen, für den Augenblick zurückzubehalten, wird nach Gebühr gebrandmarkt. Die Verordnung macht deshalb den nachgeordneten Behörden die aufmerksame Befolgung der früheren Erlasse gegen dieses gewissenlose Treiben zur strengsten Pflicht; insbesondere soll die Preisgestaltung der notwendigen Gegenstände des täglichen Bedarfs, wie Fleisch, Butter, Fett, Milch, Brot, Kartoffeln, Eier, Obst, Gemüse, Kleidungsstücke, Wäsche- und Schuhwaren, Holz und Kohlen, fortlaufend eingehend überwacht werden. Auf Märkten, in den Betrieben und Geschäften, sollen die Preise insbesondere unter Berücksichtigung der Geschäftekosten nachgeprüft und die Vorschriften über Preisänderungen und Preisveränderungen, wo sie etwa schon aus der Abzug gekommen sein sollten, wieder in Kraft gesetzt werden. Endlich sollen Strafanzeigen von der Bevölkerung mit größtem Entgegenkommen behandelt und mit äußerster Beschleunigung den Strafverfolgungsbehörden zugestellt werden. Auch die Preisprüfungsstellen, die schon im Laufe der Jahre fast zum schließlichen Entschwinden gediehen waren, sollen wieder zu frischem Leben aufgeweckt werden.

Wehr kann eine Polizeiverordnung auf diesem schwierigen Gebiete kaum tun; sie muß wohl auch in dieser Weise ihren guten Willen zeigen, selbst auf die Gefahr hin, daß damit am Ende aller Enden mehr geschadet als genutzt wird. Selbstverständlich ist, daß mit dieser rein polizeilichen Art des Einschreitens gegen den Wucher nichts getan sein kann. Das Übel ist viel zu tief, als daß man lediglich mit äußeren Mitteln dieser Art ihm bekämpfen könnte. Auch der Ernährungsausschuß des Deutschen Städtebundes hat erst in diesen Tagen sich mit den gleichen Sorgen befaßt; die Gemeindevorstellungen erkennen natürlich an, daß ihnen für den kommenden Winter

ganz besondere Aufgaben erwachsen und daß ihre Verantwortlichkeit für die Aufrechterhaltung der Volksernährung kaum schwer genug genommen werden kann. Ebenso klar aber sind sie sich darüber, daß alle jetzt öffentlich erörterten Maßnahmen bedeutende Kosten verursachen, und daß die Städte bei ihrer bekümmerten Finanzlage nicht imstande sind, diese Kosten aus eigener Kraft aufzubringen. Sie stellen mit vollem Recht bei der notwendigen Fürsorge diejenigen Kreise in den Vordergrund, die sich nicht durch Anpassung ihres Einkommens an die veränderten Verhältnisse selbst helfen können, also in erster Reihe die Armen, die Sozial- und Kleinrentner, die Militärentmer. Hier ist durch Hingabe von Naturalien einschließlich der Heizstoffe ungleich wirkungsvoller zu helfen, als durch Bar-Unterstützungen, nicht in Form von Massenspendungen, die nach den gemachten Erfahrungen übereinstimmend als durchaus unwirtschaftlich bezeichnet wurden. In jedem Falle aber bedarf es wirksamer finanzieller Reichs- oder Staatshilfe, wenn überhaupt etwas Durchgreifendes zur Verhütung noch größerer Notstände, wie wir sie jetzt schon haben, geschehen soll. Die Städte fühlen sich völlig am Ende ihrer Kraft, und solange die schon oft geforderte Reform der Gemeindefinanzen nicht durchgeführt ist, müssen deshalb Reich oder Staat die notwendigen Mittel auch hier zur Verfügung stellen. Vor allem muß rasch gehandelt werden, wenn nicht unangenehme Unheil geschehen soll.

Noch ist es einigermassen ruhig im Lande; hier und da ist es zwar schon zu kleineren Zusammenrottungen, zu Auskretierungen und Plünderungen gekommen; aber bisher ist es immer noch gelungen, die Ordnung rasch wiederherzustellen. Unangenehm nimmt die politische Erregung der Masse von Tag zu Tag zu, und wir alle stehen unter dem Gefühl, daß sehr bald eine entscheidende Wendung zum Besseren eintreten muß, wenn nicht eine solche zum Schlimmen geschehen soll. Es kommt hinzu, daß auch die Gerüchte über nahe bevorstehende politische Ausschläge nicht verstummen wollen. Im Süden sollen sie natürlich von den Parteien des sogenannten Ordnungsbundes ausgehen, im Norden dagegen soll man sich wieder auf kommunistische Auftritte gefaßt machen müssen. Es kommt nicht so sehr darauf an, ob diesen Gerüchten tatsächliche Vorgänge und Absichten zugrunde liegen; es genügt, daß sie in so aufgeregten Zeiten wie diesen verbreitet werden, um das Gefühl allgemeiner Unsicherheit noch zu verstärken. So erwecken Stimmungen, die solchen Elementen, die gern im Trüben fischen möchten, das Handwerk nur zu sehr erleichtern. Die Behörden sollten auch auf Treibereien dieser Art ihre ganz besondere Aufmerksamkeit richten und nach Kräften zur Verhütung des Volkes beitragen. Alles, was sie tun, aber auch alles, was sie sagen, muß heute mit doppelter und dreifacher Sorgfalt überlegt werden.

Die Niederlage der Griechen.

Räumung Kleasiens?

Aber den türkischen Sieg in Kleinasien wird aus Ankara berichtet: Die große Schlacht, die am 26. August in dem Abschnitt Kium-Karabissar begonnen hat, dauerte fünf Tage ohne Unterbrechung und endete mit einer vollständigen Niederlage des Haupttrupps der feindlichen Armee. Unter dem Druck unseres Vormarsches hat sich die griechische Armee in zwei Teile getrennt. Die Divisionen, welche die nördliche Gruppe bildeten, wurden vollständig vernichtet; ihre Trümmer sind in den benachbarten Bergen und Wäldern zerstreut. Die im Süden verbliebene Truppe hat schwere Misserfolge erlitten. Die Zahl der genommenen Geschütze aller Kaliber beläuft sich auf 150. Die Verfolgung geht ununterbrochen weiter. Kutahia und Kodos wurden durch unsere Truppen besetzt. Die türkischen Abteilungen hatten den Griechen den Rückzug abgehackt. Die griechischen Verluste sind bedeutend. Im Laufe der Schlacht bedienten sich die Türken vieler Flugzeuge, die den zurückfliehenden Feind mit Bomben bewarfen. In Athen gibt man jetzt den allgemeinen griechischen Rückzug vor den siegreichen Türken zwischen Kium-Karabissar bis Eskişehir zu. Man gibt zu verstehen, daß man bereit sei, Kleinasien ganz zu räumen,

und daß man eine Waffenstillstandsvermittlung der Mächte gern annehmen würde. Die unglückliche Schlacht führte auch nach griechischen Meldungen zur Auflösung und Zersplitterung der ganzen griechischen Armee. Der griechische Oberkommissar in Smyrna hat mitgeteilt, daß ein Waffenstillstand behufs friedlicher Räumung

Kleasiens durch die Griechen abgeschlossen werden würde. In Smyrna herrscht große Erregung. Zahlreiche Verwundete treffen von der Front ein.

Die Türken stehen jetzt 200 Kilometer östlich von Smyrna. Die griechische Flotte hat Befehl erhalten, sofort nach Smyrna abzufahren. Man glaubt, daß die Seeerleichterung die Wiedereinführung der kleinasiatischen Armee in Aussicht nimmt. Die Griechen haben bei ihrem Rückzug alle Brücken gesprengt und die Straßen miniert, um den Vormarsch der Kemalisten zu hindern.

Bradburys Hoffnungen.

Poincarés „Niemaß“.

In Berlin macht man sich wegen der bevorstehenden Verhandlungen mit den Belgiern noch keine besonderen Hoffnungen, weil man nicht weiß, was für Garantien sie fordern werden. Optimistischer ist der englische Delegierte Sir Bradburd, der erklärt hat, daß jetzt wenig Zweifel bestehe, daß die Verhandlungen für die Stützung der deutschen Schatzscheine innerhalb weniger Tage zur Zufriedenheit der deutschen wie der belgischen Regierung vollendet sein würden. Er hat mehrere Pläne dafür ausgearbeitet, deren Bedeutung angeblich darin liegen soll, daß eine Übertragung von Geld aus der Reichsbank nicht erforderlich sein werde, so daß also auch der befürchtete weitere Sturz der deutschen Währung abgewehrt erscheine. Man wird abwarten müssen, ob diese Hoffnung sich bestätigt.

Poincaré hat inzwischen abermals ein „Niemaß“ in die Welt hinausgerufen. Er hat dem früheren Finanzminister Klotz erklärt, Dubois habe ihm die Versicherung gegeben, daß er niemals eine Reduzierung der äußeren Lasten Deutschlands ins Auge gefaßt hätte, besonders keine solche auf Kosten der Rechte Frankreichs. Die Reparationskommission würde einen solchen Plan nur innerhalb einer allgemeinen Regelung zulassen, bei der alle internationalen Schulden liquidiert werden.

Die Abmachungen mit Stinnes.

Die Abmachungen mit Stinnes, die dieser mit dem französischen Senator de Lubert getroffen hat, betreffen den Wiederaufbau der vertriebenen Gebiete. Stinnes habe sich verpflichtet, dem Verband Materialien zu liefern. Es sei das, erklärte Herr de Lubert, ein Kontrakt, der, wenn er von beiden Seiten loyal durchgeführt werde, den Wiederaufbau der zerstörten französischen Städte und Dörfer in besonderer Weise beschleunigen könne.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Oberschlesien bleibt bei Preußen.

Am Sonntag, den 3. September, fand in Oberschlesien die Volksabstimmung darüber statt, ob Oberschlesien künftig preussische Provinz bleiben oder ein selbständiger Gliedstaat im Rahmen des Deutschen Reiches werden soll. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen stellt die Abstimmung ein überwältigendes Vertrauensvotum für Preußen dar. In den Städten war die Beteiligung rege, auf dem Lande etwas schwächer. Insgesamt waren abstimmungsberechtigt 765 322 Personen; von ihnen stimmten 513 760 für Preußen und 50 528 für die Autonomie, das ist eine Gesamtbeteiligung von 73,8 Prozent. Im Namen der preussischen Staatsregierung hat Ministerpräsident Braun an den Oberpräsidenten in Oppeln ein Telegramm gerichtet, indem er der ober-schlesischen Bevölkerung für die bei der Abstimmung bewiesene Treue dankt. Die Unterzeichnung der Friedensaktion von 1917.

Der Untersuchungsausschuß des Reichstages hat auf Grund der Akten der Reichsregierung und zahlreicher Zeugenerklärungen seine Feststellungen über die päpstliche Friedensaktion vom Sommer 1917 beendet. Bekanntlich wurde der Wortwitz gegen die frühere Regierung erhoben, daß sie die damals vorhandenen Friedensmöglichkeiten nicht benutzt oder gar durchkreuzt habe. Der Ausschuß hat nunmehr erklärt, daß ein mögliches Friedensangebot damals überhaupt nicht vorlag und daß von einer Friedenswahrheitlichkeit nicht gesprochen werden konnte. Wohl aber sei eine Möglichkeit dazu vorhanden gewesen, die, wie es weiter heißt, durch die Ereignisse der Monate Juli und August in Deutschland und Österreich-Ungarn nicht erhöht worden sei. (Gemeint ist die bekannte Juli-Resolution des